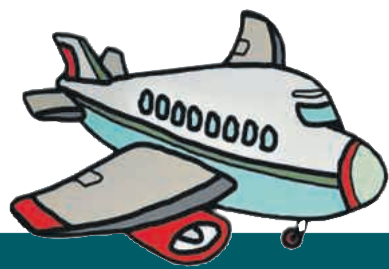


Rechtsstaat in Gefahr?

Klage über Richtermangel: Wie ernst ist die Lage wirklich? Seite 5



BER im Anflug?

Jeder kann jetzt selbst den Berliner Flughafen bauen: im Spiel. Seite 9

Abb.: Messski

Neue Ära in Angola?

Nach 38 Jahren tritt Staatschef dos Santos in die zweite Reihe. Laufen die Wahlen wie geplant, übernimmt der Verteidigungsminister. Seite 2



Foto: AFP/Marco Longari

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 23. August 2017

72. Jahrgang/Nr. 196

Bundesausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Krieg ohne Camouflage

Roland Etzel zu Trumps Afghanistan-Erklärung

Der Krieg ist nicht tot und soll es auch nicht sein, nicht in Afghanistan. Seit Montagabend wissen wir: Der Krieg dort wird noch lange weitergehen; zumindest solange die Strategie des Westens bleibt, wie von US-Präsident Trump verkündet. Die Devise heißt Truppenaufstockung und damit Angriff.

Vielleicht muss man Trump sogar dankbar sein, denn er hat nolens volens Klartext gesprochen, räumt auf mit der Camouflage der Worte. Kein Formulierungsgeschwurbel mehr aus der Worthülsen-Werkstatt seines Vorgängers Obama, kein Schönreden mehr des Schlachthauses Afghanistan zum asiatischen Demokratiemodell. Ob er das Politgesäuse Obama nur nicht beherrscht oder sich wie anderswo auch als Liebhaber der Brachialvariante gibt – einerlei. Der Krieg kann endlich das politische korrekte Mäntelchen (»Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte«), das ihm der Friedensnobelpreisträger überhalf, wieder abwerfen. »Wir machen keine Staatenbildung mehr, wir töten Terroristen«, sagte Trump. Und es entspricht seiner ganz eigenen Logik, dass er darin sogar einen Weg für Gespräche mit den »Terroristen« sieht: »Irgendwann, nach einem erfolgreichen Militäreinsatz, wird vielleicht ein politisches Klima möglich sein, das auch Elemente der Taliban in Afghanistan einschließt.« Da schaudert's jeden Menschen.

Die Bundesregierung hat sich damit aber nicht lange aufgehalten. Sie ließ schon am Dienstag wissen: Wir machen mit.

UNTEN LINKS

Donald Trump hat die Bekämpfung von Fake News zum Ziel seiner Präsidentschaft erklärt. Die totale Sonnenfinsternis bot jüngste Gelegenheit. Ohne Sonnenbrille gefährlich – Fake News oder nicht? Ohne lange zu überlegen, wendete Trump den Blick zur Sonne. Da Trump unmittelbar darauf eine Sonnenbrille aufsetzte, ist die Frage trotzdem nicht so einfach zu beantworten. Denkbar wäre, dass Trump beim ersten Versuch die Sonne nicht gefunden hatte. Die Sonnenbrille danach könnte aber auch der Prophylaxe gegen Spätschäden dienen. Oder eine strategische Entscheidung gewesen sein. Gerade hat Trump seine Meinung über Afghanistan geändert, nachdem seine Berater ihn überzeugten, ein übereilter Abzug der US-Truppen würde ein »Vakuum« für »Terroristen« hinterlassen. Im Vakuum kann der durchschnittliche Amerikaner bekanntlich nicht überleben. Wenn der Terrorist das schafft, soll er doch wenigstens glauben, Amerikaner könnten gefahrlos in die Sonne sehen. uka



Illustration: iStock/monkeybusinessimages

Spielend leichter Wahlkampf

Die Computerspielemesse Gamescom wird in diesem Jahr politischer

Berlin. Spielen und chatten bis der Arzt kommt. Für viele Jugendliche und Erwachsene ist das kein Spruch, sondern Realität. Steigender Computerspielekonsum und exzessive Internetnutzung bereiten nicht nur der Drogenbeauftragten der Bundesregierung, Marlene Mortler (CSU), Sorge, sondern können mitunter in ernsthafte Gesundheitsprobleme wie Depression münden. Fast sechs Prozent aller 12- bis 17-Jährigen finden beim Zocken und Surfen kein Maß – Tendenz steigend.

Anlass für die Veröffentlichung der Zahlen war die Eröffnung der Computerspielemesse Gamescom am Dienstag in Köln, die noch bis

Samstag Zehntausende Fachbesucher und Spielebegeisterte anlockt. Um Neuerscheinungen und neu aufgelegte Spieleklassiker zu testen, müssen die Fans allerdings früh aufstehen, nachmittags verhindern lange Schlangen den Zugang zu den Zockerplätzen.

Nicht anstehen musste Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), die erstmals die Messe eröffnete. Sie durfte ungestört durch die Hallen wandeln, sich mit verkleideten Mitarbeitern fotografieren lassen und Spiele testen. Wie sie beim Rennspiel abgeschnitten hat, ist unbekannt, an den Landwirtschaftssimulator aber soll sie etwas zu forschen herangegangen sein.

Nach einer beginnenden Sucht sah das Spielverhalten jedenfalls nicht aus, auch kümmerte sie sich in ihrer Rede weniger um die soziale Komponente des Zockens als um die Bedeutung der Gaming-Industrie für die deutsche Wirtschaft. Es ist Wahlkampf, und wenn dafür ein paar virtuelle Traktoren über computeranimierte Felder gefahren werden müssen, wird das eben gemacht. Auch andere Politiker haben sich für einen Gamescom-Besuch angemeldet. Ob das die Spieler mehr vom Hocker reißen als das neue »Anno 1800« oder die Neuauflage des Klassikers »Age of Empires«, muss sich aber noch zeigen. grg Seite 16

Trump will am Hindukusch Terroristen töten

US-Truppen in Afghanistan sollen verstärkt werden / NATO und Bundesregierung begrüßen die Strategie

Entgegen allen Ankündigungen im Wahlkampf will US-Präsident Trump den Kriegseinsatz in Afghanistan nun forcieren.

Von Olaf Standke

Während Staatschef Aschraf Ghani am Dienstag die Pläne von Donald Trump begrüßte, die US-Militärpräsenz in seinem Land zu verstärken, hatten die Taliban schon vor Verkündung der künftigen Afghanistan-Strategie reagiert: Sie feuerten eine Rakete in das streng gesicherte Diplomatenviertel von Kabul. Später ließ ihr Sprecher wissen, dass man den »Dschihad mit Entschlossenheit« fortsetzen werde. Sollten die USA nicht abziehen, würde Afghanistan zu ihrem Friedhof werden.

Vollständig abziehen – genau das hat Trump immer gefordert. Nun die Kehrtwende. Aufstocken und angreifen, das ist der Kern seiner neuen Strategie für den längsten Krieg der USA. Denn ein

übereilter Abzug würde nur ein »Vakuum« hinterlassen: »Wir machen keine Staatenbildung mehr, wir töten Terroristen.« Zugleich warnte er Islamabad, weil man dort Terrororganisationen Zuflucht biete. Trump drohte mit einer Kürzung der Hilfen für Pakistan, das von China in Schutz genommen wurde.

Der Präsident vermied bei seinem Auftritt auf dem Militärstützpunkt Fort Myer, die Größe zusätzlicher Truppen am Hindukusch zu konkretisieren. Doch soll er den Pentagon-Chef bereits angewiesen haben, bis zu 3900 weitere Soldaten zu entsenden. Laut James Mattis seien Verbündete ebenfalls bereit, ihre Verbände aufzustocken. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg sprach von 15 Staaten. Auch die Bundesregierung begrüßt Trumps Strategie, doch will Kanzlerin Angela Merkel vor der Wahl offensichtlich keine Erhöhung der Mandatsobergrenze prüfen lassen.

Der Krieg in Afghanistan wurde mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 legitimiert. Im Dezember 2014 beendete die NATO ihren Kampfeinsatz und hinterließ ein unbefriedetes Land in katastrophaler Sicherheits- wie wirtschaftlich-sozialer Lage. Die Taliban sollen inzwischen wieder elf Prozent des Landes »kontrollieren oder beeinflussen«, weitere 30 gelten als umkämpft. Zugleich hat sich ein Ableger des Islamischen Staats (IS) etabliert.

Die laufende Operation »Resolute Support« wird als Ausbildungs- und Unterstützungsmission für die heimischen Sicherheitskräfte verkauft. Rund 8400 US-Soldaten und 5000 weitere NATO-Kräfte sind beteiligt, darunter 950 Bundeswehrangehörige. Die USA haben zudem eine eigene Kampfmission (Freedom's Sentinel), in der rund 2100 Spezialkräfte gegen Taliban und IS vorgehen.

Auch wenn sich Trump erstmals vage zu einer möglichen po-

litischen Einigung mit den Taliban äußerte, hat der grüne Außenpolitiker Omid Nouripour seine Strategie scharf kritisiert: »Die Trennung von Terrorbekämpfung und Staatsaufbau ist verheerend und verkennt den Kern der Radikalisierung in Afghanistan.« Auch Moskau zeigte sich skeptisch. Man gehe nicht davon aus, dass Trumps Ankündigungen zu signifikanten Änderungen am Hindukusch führten.

Lesen Sie heute im Ratgeber

Spähsoftware auf Firmenc Computern

Betriebskosten 2017 in Berlin gesunken

Pfandflaschen aus Containern fischen

Immer mehr Kinder als Attentäter

UNICEF klagt nigerianische Terrormiliz Boko Haram an

Genf. Die nigerianische Terrormiliz Boko Haram setzt immer mehr Kinder für ihre tödlichen Anschläge ein. Seit Jahresbeginn hätten die Extremisten 83 Minderjährige als sogenannte menschliche Bomben missbraucht, erklärte das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) am Dienstag in Genf. Das seien viermal so viele wie im gesamten Vorjahr. 55 seien Mädchen gewesen, viele hatten das 15. Lebensjahr noch nicht erreicht.

Das jüngste Opfer war UNICEF zufolge ein Säugling, der zusammen mit einem Mädchen, an das er geschnallt war, als Bombe eingesetzt wurde. Es sei nicht mehr möglich gewesen, das Geschlecht des Babys zu identifizieren.

Seit 2014 sei die Zahl der Kinder, die von den Fanatikern in den Tod gejagt werden, kontinuierlich gestiegen. Die Terroristen binden den Kindern in der Regel Sprengstoff um, der gezündet wird, wenn die Kleinen in große Menschenmengen eintauchen. Der Boko-Haram-Terror soll bisher mindestens 20 000 Todesopfer gefordert haben. epd/nd

Warnung vor Lohnungleichheit

Wirtschaftsministerium fordert Entlastung von Geringverdienern

Berlin. Das Bundeswirtschaftsministerium warnt vor wachsender Ungleichheit. In einem Papier, das dem »nd« vorliegt, heißt es, die Lohnungleichheit befinde sich auf historisch hohem Niveau. »Das ist nicht gerecht und ein Stachel im Zusammenhalt Deutschlands«, sagte der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Matthias Machnig (SPD) am Dienstag gegenüber Medien. Laut einer neuen Studie des Meinungsforschungsinstituts YouGov wird das Thema soziale Gerechtigkeit für 25 Prozent der Wähler wahlentscheidend sein. Einer früheren YouGov-Studie zufolge verstehen allerdings nur 12 Prozent der Bürger unter sozialer Gerechtigkeit gleiche Lebensbedingungen. Eine weitere am Dienstag erschienene Studie der Universität Leipzig resümiert, dass ein auf Umverteilung ausgelegter Wahlkampf derzeit keinen Erfolg verspricht. Trotz Erwerbsrisiken habe das mentale Sicherheitsgefühl der Deutschen zugenommen. Auch sind laut Studie soziale Abstiegsängste so schwach ausgeprägt wie seit 25 Jahren nicht. flh Seiten 4 und 6

Anschlag auf Autos von Müntefering

Fahrzeuge brennen vor Haus der SPD-Bundestagsabgeordneten ab

Herne. Unbekannte haben Brandanschläge auf zwei Autos der SPD-Bundestagsabgeordneten Michelle Müntefering in Herne verübt. Betroffen waren am frühen Dienstagmorgen ein Wahlkampffahrzeug der SPD, das in der Einfahrt von Münteferings Wohnhaus geparkt war, sowie der Privatwagen der 37-Jährigen, der an der Straße vor dem Haus stand. Bei beiden Fahrzeugen seien Scheiben eingeschlagen und dann Feuer im Innenraum gelegt worden, sagte ein Polizeisprecher. Polizisten konnten die Brände noch vor Eintreffen der Feuerwehr löschen.

»Ich bin entsetzt über die hohe kriminelle Energie, die sich hier auf offener Straße entzündet«, sagte Müntefering. »Im Vorfeld von Wahlen zielen solche Angriffe auch auf das demokratische System insgesamt.« Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann, erklärte: »Solche Anschläge müssen wir mit aller Härte verfolgen und unsere Demokratie mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln schützen.« dpa/nd

ISSN 0323-3375

